

Impuls: „Mit Leidenschaft für unsere Demokratie streiten“, Hagen, 12.07.17

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Lammert, sehr geehrter Herr Prof. El-Mafaalani, sehr geehrter Herr Dr. Schmitz, sehr geehrter Herr Dr. Fischer, sehr geehrter Herr Lotz, liebe Mitglieder der Ratsfraktion und anderer politischer Gremien, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft stellvertretend möchte ich Diakonisches Werk, Paritätischen Verband und die Freiwilligenzentrale nennen,

zunächst möchte ich Ihnen, Herr Bundestagspräsident, für Ihr großes Engagement für unsere Demokratie, das Sie auch in Ihrer heutigen Rede zum Ausdruck gebracht haben, danken.

Norbert Lammert hat entschieden das Recht und die Notwendigkeit zur politischen Auseinandersetzung, auch zum heftigen Streit, stets betont. Und er hat zugleich Respekt vor dem politischen Gegner und Augenmaß gefordert. Er war und ist mit dieser Position immer ein Vorbild für mich gewesen. Es ist eine große Ehre für mich, dass wir beide gemeinsam auf dem Podium sitzen und streiten werden.

Ich möchte Ihnen, der Sie Emil Schumacher und damit der Stadt Hagen so verbunden sind, unseren Dank und unseren Respekt aussprechen.

Eine Verständigung darüber, worin das Gemeinwohl besteht und wie dieses generiert und garantiert werden kann, wird in Deutschland schon viele Jahren diskutiert.

Heute wird aber auch gern das Trennende stark gemacht. Wir leben in einer Zeit, in der manche Beobachter Weimarer Verhältnisse, jedenfalls eine beunruhigende Zeitenwende nahen sehen. Tag für Tag erleben wir derzeit, dass unsere vermeintlich fest etablierte demokratische Staatsform keine Selbstverständlichkeit sein muss: Rechtspopulistische Strömungen und autoritäre Politikentwürfe gewinnen stattdessen in vielen Ländern an Zulauf.

Doch die Gesellschaft heute ist nicht nationalistisch und vor allem ist sie durch und durch zivil, was man von der Weimarer nicht sagen kann.

Die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung wirkt hier zusätzlich stabilisierend – ganz im Gegensatz zu Weimar. Und es gibt heute eine Art Sprachkodex, was man in der politischen Debatte sagen darf und was nicht. Das ist gut so, denn Weimar war in dieser Hinsicht verroht. Auch im Reichstag! Doch auch heute gibt es Akteure, die Begriffe wie „völkisch“

oder „rassisch“ wiederbeleben wollen, die gewissermaßen eine Rückkehr zu Weimarer Verhältnissen – oder schlimmer – vorantreiben. Solchen Populisten darf gerade in Zeiten von „Fake News“, steigender Bedeutung von „social media“ samt Filterblasen und damit einhergehender sinkender Akzeptanz und Resonanz der etablierten Medien nicht die Meinungsführerschaft überlassen werden. Falschem muss klar widersprochen werden. Etwas Hochgefährliches in der Politik sind Ängste. Da nützt es auch wenig, auf ihre Irrationalität hinzuweisen. Sie treten meist dort auf, wo Menschen etwas zu verlieren fürchten.

Wozu es führt, wenn Ängste, die Verrohung der Kommunikation in den sozialen Medien und demokratiefeindliches Gedankengut an Wirkmächtigkeit gewinnen, das spüren gerade diejenigen, die sich für Demokratie, Meinungsfreiheit und Weltoffenheit einsetzen. Viele meiner Bundestagskollegen und auch ich bekommen vermehrt Hassmails und Drohungen – für einige bin ich die „Vaterlandsverräterin“, für andere das „Islam-U-Boot in der Union“ und manche wollen, mich dorthin zurückschicken, wo ich vermeintlich herkomme – und meinen damit nicht meinen Geburtsort Leverkusen.

Kritisiere ich die Politik der türkischen Regierung, verunglimpfe ich dadurch alle Türken oder Türkeistämmigen, kritisiere ich islamophobe Äußerungen, bereite ich dem radikalen Islamismus den Weg. Wann immer also Kritik an einer Position geäußert wird, wird das von vielen als Unterstützung der absoluten Gegenposition betrachtet, eine absurde und schädliche Logik. Zudem ist es für viele vollkommen legitim, wenn sie ihre subjektive Sicht auf bestimmte Probleme als „Volksmeinung“ bezeichnen, welche „die Politik“ ignoriert. Auch das ist eine über alle Maßen vereinfachende Denkstruktur, die unsere Demokratie, die von Diskurs und Kompromiss geprägt ist, verleugnet und ad absurdum führt.

Viele Mandats- und Amtsträger sehen sich dabei auch körperlichen Attacken ausgesetzt – ganz im Geiste der Partei „Die Rechte“, die mit dem Slogan „Wir hängen nicht nur Plakate“ um Stimmen wirbt. Gerade in den sozialen Medien ist das Unsägliche schon lange sagbar geworden. Das Internet ist zwar nicht die Ursache einer zunehmenden sprachlichen Verrohung, sicher aber ihr wirkungsvollster Katalysator. Und der Raum des Sagbaren ist gerade Frauen gegenüber leider größer geworden, bis hin zu Beschimpfungen und Bedrohungen, die ich nicht aussprechen mag.

Eines, meine Damen und Herren, muss aber klar sein: Auch eine dezidiert andere Meinung rechtfertigt in keinem Fall persönliche Beleidigungen, Beschimpfungen oder Hassattacken.

Natürlich müssen wir klar benennen, dass radikale islamistische Kräfte nicht zu unserem Wertekonsens gehören. Ich stelle mich klar gegen Antisemitismus, wie er leider gerade unter muslimischen Migranten stark verbreitet ist. Ich glaube, dass jedes Einwanderungsland eine Leitkultur braucht.

So gehört es natürlich nicht zu unserer Leitkultur, wenn Moscheen, Synagogen, andere Gotteshäuser und Flüchtlingsheime angegriffen werden. Die Linie verläuft zwischen denen, die unser Grundgesetz und unsere Gesetze achten und denen, die das nicht tun. Natürlich sind nicht alle Flüchtlinge kriminell, nicht alle Muslime Terroristen. Aber natürlich gibt es auch diese. Und es gibt Menschen, die unser Asylrecht missbrauchen, um hier Gewalttaten zu begehen. „Gefährder“ müssen natürlich überwacht werden und müssen unser Land verlassen.

„Muslime“ und „Flüchtlinge“ dürfen aber natürlich nicht unter Generalverdacht gestellt und als Sicherheitsbedrohung per se gesehen werden. Wer hier nach den Regeln unseres Rechtsstaates lebt, muss von uns geschützt werden, wenn andere gegen diese wegen Herkunft, Religion oder Hautfarbe diskriminieren.

Lassen Sie mich an dieser Stelle nochmals auf einen der meist zitierten Begriffe der letzten Monate eingehen – „Fake news“. Neben absichtlich verbreiteten Falschnachrichten oft in Form gefälschter Bild- und Videoformate kommt es so auch regelmäßig vor, dass Personen Falschnachrichten weiter verbreiten, weil sie diese nicht als solche erkennen. Zentral ist es daher heute, dass wir gerade bei Jugendlichen Medienkompetenz schulen und fördern. Medienkompetenz ist also auch Demokratiekompetenz. In der letzten Woche durfte ich Schirmherrin eines SmartCamp sein, das an einer Hagener Schule stattfand. Hier haben unter der Ägide der Adenauer-Stiftung Jugendliche den verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet gelernt. Aber auch Ältere sind vor den Tücken des Internets nicht gewappnet und leider allzu oft bereit, diversen Falschnachrichten Glauben zu schenken.

Aber auch gegenüber klassischen Medien sinkt das Vertrauen der Bundesbürger: 39 Prozent stimmten jüngst der Aussage zu, dass Zeitungen, Radio und Fernsehen gezielt falsche Nachrichten verbreiten. Ein erschreckender Wert, der auch das Misstrauen eines Teils der Bevölkerung in zentrale gesellschaftliche Institutionen zum Ausdruck bringt. Für Politiker wie mich heißt das auch, dass wir seriöse und sachliche Aussagen tätigen sollten und Wert darauf legen müssen, dass diese auch korrekt wiedergegeben werden.

Professionelle Strukturen in den Medien sollten wir alle als Bürger ebenso fördern, auch

wenn das bedeutet, dass wir für journalistische Produkte (wieder) etwas bezahlen. Vertrauen ist hier die zentrale Größe, die wir wieder aufbauen müssen.

Und doch gibt es positive Signale. Die Willkommenskultur, das große Herz, das Deutsche und übrigens auch hier lebende Ausländer und andere mit Migrationsgeschichte für Geflüchtete zeigen, dass man denen hilft, die in Not sind – das alles ist auch ein Teil deutscher Leitkultur.

Warum gehen heute auch immer mehr Menschen für Europa und die Werte von Demokratie, Freiheit und Menschenrechte auf die Straße? Weil viele erkannt haben, dass solche Bekenntnisse gerade heute sehr notwendig sind. Was zeigt uns das? Eine breitere gesellschaftliche Debatte, in welcher Gesellschaft wir heute leben möchten, muss geführt werden. Mit Kirchen, nicht christlichen Glaubensgemeinschaften, Verbänden und Migrantenorganisationen. Also mit Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte. An einem Tisch und auf Augenhöhe. Und ich würde mir wünschen, dass wir die Debatte auch auf kommunaler Ebene führen.